



Das Reichsbanner

Nr. 12 · Dezember 1968 · 12. Jahrg.

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Mit festen Schritten ins neue Jahr

ak. — Im abgelaufenen Jahr war unsere Bundeskonferenz in Frankfurt ein gutes Zeichen für unsere künftige Arbeit. Wir konnten mit dem Ergebnis der Beratungen zufrieden sein, wenn wir keine hochtrabenden Ansprüche stellen wollen. Und so hat sich danach auch keiner unserer Kameraden in der Illusion gewogen, als ob nun der Auf- und Ausbau unserer Organisation und die Erhöhung der Mitgliederzahl im D-Zug-Tempo vor sich gehen würde.

Der Wille zur Aktivität ist bei unseren Kameraden vorhanden und zeigt seine guten Auswirkungen. Hemmend für die Betätigung wirkt nach wie vor das Unverständnis mancher unserer politischen Freunde unseren Bestrebungen gegenüber, wenn auch manche Gegnerschaft von abwartendem passiven Verhalten abgelöst worden ist. Junge Menschen und neue Freunde wollen und können nicht begreifen, daß wir uns zu sehr mit dem behaften, was uns in der Weimarer Zeit lieb und wert gewesen war. Das Reichsbanner heute, muß deshalb in allernächster Zeit sehr ernsthaft darüber diskutieren und entscheiden, ob es nicht durch eine ganze oder teilweise Namensveränderung auch optisch seine politische Anziehungskraft vermehren will. Wer gar keine Änderung will, fördert ungewollt — und er wird es in der Praxis merken — eine Erstarrung unserer politischen und organisatorischen Tätigkeit. Es wird bestimmt möglich sein, bei unserem jetzigen neuen Beginnen unsere politische Liebe zu den Traditionen des alten Reichsbanners — auf die wir immer stolz sind — auch weiterhin erkennbar zu machen. Was wir hier sagen ist ganz und gar nicht revolutionierend und es stürzt auch keine Welt ein. Unser Kamerad Heinz-Winfried Sabais hat in seiner Schrift „Die Republik braucht aktive Demokraten“ den Weg gezeigt, den wir heute gehen müssen, modern und abgeschlossen gegenüber den gesell-

schaftlichen und politischen Problemen dieser Zeit, aber auch in den Methoden der praktischen Arbeit, die wir zur Erreichung unserer Ziele anwenden müssen. Wer das nicht sehen oder gar nicht einmal prüfen will, muß andere Wege weisen, die zum Erfolg führen. Auf entsprechende Diskussionsbeiträge wären wir sehr gespannt.

Wo in den Ortsvereinen der neue Weg beschritten wird, zeigt sich auch der Erfolg, bescheiden noch, aber auch sehr ermutigend: es kommen Menschen zu uns, die bisher gezögert haben, solche Schritte zu tun. Natürlich werden wir nach wie vor unendlich viel Kleinarbeit leisten müssen, nebenberuflich und ehrenamtlich, ohne „Apparat“, um weiter zu kommen. Die Mitgliederversammlungen und insbesondere die Jahreshauptversammlungen zu Beginn des neuen Jahres sollten deshalb besonders sorgfältig vorbereitet und durchgeführt werden. Nichts Schlimmeres kann geschehen, als wenn solche Versammlungen in ausgefahrenen Gleisen und als „Pflichtübung“ verlaufen. Aufgaben gibt es genug auch im neuen Jahr. Wo es irgendwie möglich ist, sollte eine vernünftige Arbeitsteilung und -verteilung in den Vorständen erfolgen und überall dort wo die örtlichen Verhältnisse günstig sind, sollten, und wenn es am Anfang erst noch kleine Ansätze sind, Arbeitsgruppen für Sport, Technik und politische Bildung aufgebaut werden, wie das unser Kamerad Sabais in unserer oben zitierten Werbeschrift verdeutlicht hat. Sport und Technik werden insbesondere jüngere Menschen interessieren und es gibt hier mannigfache Möglichkeiten der Betätigung. Ein weites Feld bietet die politische Bildungsarbeit; sie soll insbesondere die Aufklärungs- und Agitationstätigkeit des Bundes tragen. Hier können auch die Landeszentralen für politische Bildung oder die Bundeszentrale für politische Bildung für un-

sere Arbeit nutzbar gemacht werden. Es ist selbstverständlich, daß die Kontakte zu den örtlichen demokratischen Parteien, zu den Gewerkschaften und sonstigen demokratischen Organisationen, die auf der gleichen staatspolitischen Ebene wie unser Bund stehen, besonders zu pflegen und wo sie noch nicht bestehen, herzustellen sind. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist von besonderer Wirkung. Wir nennen uns heute nicht mehr „Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer“ (wir waren vor 1933 der größte Bund ehemaliger Soldaten), werden aber auch unser besonderes Interesse an der Bundeswehr und an den Bundeswehrreservisten in geeigneter Weise zeigen.

Viel zu wenig ist auch in unseren Reihen bekannt, daß auch weibliche Staatsbürger Mitglieder unseres Bundes werden können und sollen.

Alle Vorschläge und Anregungen sind natürlich nach Maßgabe der örtlichen Möglichkeiten anzuwenden. Die Ortsvereine und Stützpunkte sollen sich nicht zu viel auf einmal vornehmen, sie sollen aber auch nicht untätig bleiben. Soweit es irgendwie möglich ist, wird über den Bundesvorstand und über die Landesvorstände Unterstützung gewährt. **Es sei auch noch auf unser Mitteilungsblatt „Das Reichsbanner“ hingewiesen.** Die Zahl der festen Abnehmer muß noch weiter gesteigert werden. Wir stellen unser Mitteilungsblatt ab Januar 1969 auf eine neue Basis, über die wir noch berichten werden und hoffen auch hierdurch wieder ein Stück vorwärts zu kommen.

Wenn wir beharrlich und zäh weiter arbeiten und in guter Kameradschaft zusammenstehen, kann der Erfolg gar nicht ausbleiben. In dieser Zuversicht wollen wir mit festen Schritten in das neue Jahr und an die Arbeit gehen.

Nachgelesene Gedanken über Demokratie

RB. — Der Begriff Demokratie wird gegenwärtig vielleicht mehr in den Mund und in Druck genommen als je zuvor. Er wird hin- und hergezerrt, jeder benutzt ihn zu seinen Zwecken, ordnet ihn seinen Zielen unter, und kann sich nur besorgt fragen, was von der Demokratie überhaupt noch übrig bleiben wird, wenn jeder auf ihr herumtrampeln kann, sicherlich oftmals mit gutem Willen, öfters aber mit bösem.

Jedoch ist die Sorge nicht neu. Solange überhaupt Menschen sich mit dem demokratischen Zusammenleben in den verschiedenen Formen befassen, bestand schon immer die Gefahr des Umschlags kaum errungener demokratischer Regeln in eine Tyrannei. Leider ist die demokratische Plattform nicht nur der rechte Platz für tolerante Spielregeln der Auseinandersetzung verschiedener Anschauungen, sondern auch ein herrlicher Tummelplatz für Demagogen und Umstürzler.

Deutlicher als manche wissenschaftliche Abhandlung veranschaulichen oft kurze Betrachtungen die Größe und die Gefahr der persönlichen Freiheit in der Demokratie.

1955 schrieb der bekannte Literat Friedrich Siegburg in einem Artikel:

„Die Ausübung der persönlichen Freiheit läßt den ganzen Menschen hervortreten — aber es ist ein Mensch! Seine Launenhaftigkeit, sein Geltungsbedürfnis und seine Rankünen wandeln als groteske Schlagschatten mit ihm über die Bühne der Zeit. Er hat schlechte Nerven und sehr viele Bedürfnisse, und da er frei ist, spricht er unaufhörlich davon. Sexualnot, Lebensangst und sozialer Neid schlagen ihm schier die Seele aus dem Leib, er bedauert sich, er stellt sich an die Klagemauer der öffentlichen Meinung und jault, was das Zeug hält. Aber er ist nicht stumm, und indem er von seiner Freiheit einen willkürlichen Gebrauch macht, bezeugt er, daß er sie hat. Der Mensch der westlichen Welt

entblößt sich oft in einem peinlichen Grade. „So genau wollen wir es ja gar nicht wissen!“ lautete einst eine Berliner Redensart.

Der Mensch entblößt sich, aber er wird sichtbar.“

Vor über 2000 Jahren standen Probleme zur Diskussion als wären sie heute erst uns auf den Leib geschrieben. Platon (427 — 347 v. Chr.), Schüler und Gesprächspartner des Sokrates beschreibt in seinem Werk „Politeia“ (Staat) Unzulänglichkeiten und Gefahren, was wir nachfolgend auszugswise und einzelne Begriffe auf gegenwärtiges Verständnis übersetzt, wiedergeben:

„Wohlan denn, lieber Freund, welches ist wohl die Art, wie die Tyrannei entsteht? Daß sie sich aus der Demokratie abändert, ist wohl fast offenbar! Entsteht nun etwa auf dieselbe Weise, wie aus der Oligarchie die Demokratie, auch aus der Demokratie die Tyrannei?

Was die Oligarchie (Herrschaft weniger) sich als das größte Gut vorstellt und wodurch sie auch zustande gekommen war, das war doch die Macht und der große Reichtum. Die Unersättlichkeit in der Macht und im Reichtum aber und die Vernachlässigung alles übrigen gereicht ihr zum Untergang.

Und die Demokratie löst sich auf durch die **Unersättlichkeit** in dem, was sie sich als ihr **höchstes Gut** vorstellt.

Ihr höchstes Gut ist die **Freiheit**. Denn von dieser wirst du immer in einem demokratischen Staat hören, daß sie das Vortrefflichste sei. Das Wort wird freilich gar oft gesagt. Die Unersättlichkeit hierin mit Vernachlässigung alles übrigen, was auch diese Verfassung umgestaltet, bringt sie dahin, der Tyrannei zu bedürfen.

... Muß nun nicht in einem solchen Staat die Freiheit sich notwendig über-

allhin erstrecken? O Freund, sie wird in die Häuser einschleichen und am Ende so weit gehen, daß auch dem Vieh die Ungebundenheit eingepflanzt wird. — Wie ist das gemeint? —

Als wenn ein Vater sich gewöhnt, dem Knaben ähnlich zu werden und sich also vor den erwachsenen Söhnen fürchtet, und der Sohn die Eltern weder scheut noch bange vor ihnen ist, damit er nämlich frei sei!

Der Lehrer zittert in einem solchen Zustande vor seinen Zuhörern und schmeichelt ihnen. Die Zuhörer aber machen sich nichts aus den Lehrern. Und überhaupt stellen sich die Jüngeren den Älteren gleich und treten mit ihnen in die Schranken mit Worten und Taten. Die Alten aber setzen sich unter die Jugend und suchen es ihr gleichzutun an Fülle des Witzes und lustiger Einfälle, damit nur ja niemand denke, sie seien mürrisch oder gar autoritär.

... Wieviel freier die dem Menschen unterworfenen Tiere hier sind als anderwärts, das glaubt niemand, der es nicht erfahren hat. Denn die Hunde sind schon offenbar nach dem Sprichwort wie junge Fräulein; und Pferde und Esel sind gewöhnt, ganz frei und vornehm immer geradeaus zu gehen, wenn sie einem auf der Straße begegnen, der ihnen nicht aus dem Wege geht; und ebenso ist alles andere voll Freiheit.

Die Summe nun von diesem allem, wenn man es zusammenrechnet, merkst du wohl, wie zart nämlich dadurch die Seele der Bürger wird; wenn ihnen einer auch noch so wenig Zwang aufliegen will, sie werden gleich unwillig und wollen es gar nicht vertragen. Und zuletzt weißt du, daß sie sich auch um die Gesetze gar nichts kümmern, mögen es nun geschriebene sein oder ungeschriebene, damit auf keine Weise irgend jemand über ihnen stehe ...

Diese treffliche und jugendliche Wurzel, o Freund, ist es nun eben, aus welcher die Tyrannei hervorwächst.“

Ein Beitrag zur „Linken“

„Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein!“

So fragt der Schüler den Mephisto und der antwortet: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein.“

So einfach gestaltet unsere bundesdeutsche Publizistik — Zeitungsschreiber, Professoren-Kommentare, Freunde und Gegner — den politischen Begriff „Linke“. Kaufhaus-Brandstifter, Maoisten, Ulbricht-Apologeten, SDS-Randalierer, Apo, Spinner, irgendwelche Straßenhocker — alles wird ganz simpel eingeordnet in die Bezeichnung „Linke“ oder „Linksradikale“.

Das erspart das Denken. Das Wort ersetzt ihnen die Mühe, echte Begriffe zu setzen. Es beleidigt aber jeden echten Linken, der auf diese Art ständig in den gleichen Topf mit allen wirren Umstürzern und Staatsfeinden gestempelt wird.

Der politische Begriff „links“ hat sich bekanntlich historisch durch die Parlaments-Sitzordnung eingebürgert. Vor allem umfaßt der Begriff von jeher Personen und Gruppen, die sich für eine gerechte soziale Ordnung des menschlichen Zusammenlebens einsetzen. Jedoch muß endlich einmal klargestellt werden, daß mit dem Begriff „Linke“ nicht einfach auch die Elemente tituliert werden können, die sich als Revolutionäre kostümierten und dabei brutale kommunistische Diktaturen verherrlichen, wo Menschlichkeit nur mit der Lupe gesucht werden kann.

Deutlich zeigen die geschichtliche Beweiskette und aktuelle Ereignisse, wie nahe verwandt oft Erscheinungsformen des Linksextremismus mit dem Rechtsextremismus sind.

Seit Jahrzehnten sind die Bolschewisten in den westlichen Ländern an

dem Wischiwaschi auf „links“ interessiert; eine solche Situation dient da selbst ihrer Salonfähigkeit.

Daß sie in dem eigenen Herrschaftsbereich ihrer Diktaturen alle „sonstigen“ Linken liquidierten, scheint bei uns politische Trottel kaum zu berühren.

Es bedarf der Aktivität der echten linken Demokraten, täglich den klaren Trennungsstrich zu den zerstörerischen Elementen deutlich zu machen.

Ein ganzes Sammelsurium nennt sich Marxisten, denen Karl Marx die Leviten lesen würde. Sie mißbrauchen seinen Namen und sein Gedankengut. Das war schon so zu seinen Lebzeiten als Karl Marx aussprach: „Moi, je ne suis pas marxiste.“ (Ich selbst bin kein Marxist).

(Ein Beitrag zur „Rechten“ folgt in der nächsten Ausgabe) Robert Becker

Man muß wissen,

daß nach einem einstimmigen Beschluß des Rechtsausschusses als Empfehlung für den Bundestag, in Zukunft jedermann das Bundesverfassungsgericht soll anrufen können, wenn er glaubt, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte verletzt worden zu sein;

daß die Deutsche Postgewerkschaft (zur Nachahmung empfohlen) beschlossen hat, dem Vorstand das Recht und die Verpflichtung zu übertragen, im Rahmen der Satzungsänderungen den politischen Widerstand im Sinne des Grundgesetzartikels 20 Absatz 4 wirksam zu organisieren;

daß der jetzige Bundesminister Dr. Eppler einmal geäußert hat: „Wer immer seine eigene Gruppe zur Elite und den Rest der Gesellschaft zur tragen, führungsbedürftigen Masse erklärt, ist für Führungsaufgaben in der Demokratie schon deshalb ungeeignet, weil dazu ein Mindestmaß an Selbstironie und Bescheidenheit gehört“;

daß der dritte der in den USA im Bau befindlichen Raketenzerstörer der Bundesmarine nicht wie vorgesehen nach dem Antidemokraten von Fritsch benannt wird, sondern den Namen Rommel erhält;

daß der erste der neu gebauten Raketenzerstörer der Bundesmarine im-

mer noch den Namen des mit dem Naziregime stark verbunden gewesenen Admirals Lütjens trägt;

daß ein Beschluß des Bundestages über die Herabsetzung des Wahlalters nach Mitteilung des Bundesinnenministeriums auch dann keine technischen Schwierigkeiten heraufbeschwören wird, wenn er erst im kommenden Frühjahr gefaßt würde. Die Erfassung dreier neuer Jahrgänge könne in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigt werden. Die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre, die nach dem Willen der Parteien jetzt erfolgen soll, wird die Zahl von rund 38 788 000 Wahlberechtigten im Herbst 1969 um etwa 2,1 Millionen auf rund 40 898 000 erhöhen;

daß in Offenbach mehrere hundert Jugendliche, darunter auch SDS-Anhänger aus Frankfurt, am Freitagabend, dem 29. November, die Mitbestimmungskundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Stadthalle gestört hatten. Während der Rede des DGB-Vorsitzenden Rosenberg drangen sie in den Saal und riefen in Anspielung auf den Streik in der Correcta-Werken „Gestern bei Correcta – morgen auch bei Euch“. Als die Eindringlinge von Saalordnern abgedrängt werden sollten, ließen sie sich zu einem Sit-in nieder. Nach Schluß der Kundgebung stimmten die Demonstranten die Internationale an;

daß sich Ende Oktober beim DGB-Bundesvorstand ein Ausschuß zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus konstituierte. In seinen einleitenden Worten wies der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg auf den seit Jahren vom DGB geführten politischen Kampf gegen die NPD hin.

Bundesminister Dr. Dr. Gustav Heinemann, der das Hauptreferat im Rahmen der konstituierenden Sitzung hielt, betonte, daß auch er die NPD für eine rechtsradikale Partei halte.

Nachdrücklich wies Bundesjustizminister Dr. Heinemann darauf hin, daß mit einem Verbot der NPD der Rechtsradikalismus nicht zu bestehen aufhöre. Es bliebe die ständige Aufgabe, allen Staatsbürgern die freiheitlich-demokratische Verfassung und ihre Grundwerte bewußtzumachen.

Der Bundesausschuß zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus stellte sich abschließend selbst die Aufgabe, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um in Zukunft der NPD noch stärker als bisher in der Öffentlichkeit offensiv zu begegnen. Dazu bedürfe es aber der Unterstützung der demokratischen Parteien und aller anderen demokratischen Institutionen und Organisationen.

Bonn ist nicht Weimar?

am. – Die seit einigen Jahren von bekannten deutschen Politikern und Wissenschaftlern vertretene und anscheinend recht gängige Behauptung „Bonn ist nicht Weimar“ scheint heute recht fragwürdig und zweifelhaft geworden zu sein. Zur rechten Zeit ist die im Jahre 1962 veröffentlichte Habilitationsschrift von Professor Kurt Sontheimer über „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“, ein hervorragendes Werk der Zeitgeschichte, jetzt als verbilligte Studienausgabe (Nymphenburger Verlagshandlung, München, 363 S., DM 17,-) erschienen, die wir allen interessierten und aktiven Kameraden auf den Weihnachtsgabentisch wünschen. Das Werk hat in seiner Neuausgabe einen umfangreichen Aufsatz, der die These „Bonn ist nicht Weimar“ mit zutreffenden Argumenten erschüttert. Wer ihn liest, legt das Buch nicht ohne Besorgnis und Erschütterung über angezeigte politische Entwicklungen in der Bundesrepublik weg. In einer Rezension in der angesehenen FAZ (29. 11. 1968, S. 13 thi.) der wir uns nur anschließen können, heißt es: „Der Berliner Politologie-Professor meint, daß auch dieser deutschen Demokratie (unter „Demokratie“ will Sontheimer stets den freiheitlichen Rechtsstaat verstanden wissen) die größere Gefahr wiederum von „rechts“ droht, von antiliberalen Nationalkonservativen und antipluralistischen Ordnungsfanatikern,

versammelt nicht nur in der NPD. Wir haben immer wieder betont, daß mit einem etwaigen Verbot der Rechtsextremisten ihre Anhänger als biedere Bürger mit treudeutschem Gemüt bei den demokratischen Parteien Unterschlupf suchen und finden würden. Leider wollen das sehr ehrbare Politiker in den Parteien nicht wahr haben. Damit es nicht eines Tages ein schlimmes Aufschrecken in den Parteien geben möge, sollten unsere Kameraden in ihren Parteien immer wieder Mahner sein, selbst auf die Gefahr hin, unbequem zu werden.

General Karst im Bundestag

In der Oktober-Nummer unseres Blattes haben wir uns mit den merkwürdigen Aussagen beschäftigt, die der Brigadegeneral Heinz Karst, General des Erziehungs- und Bildungswesens im Heer, nach einem Bericht in der „Bonner Rundschau“ vom 1. 10. 1968, in einer Versammlung in Bonn über die Erziehung in der Bundeswehr gemacht hatte. Unser kritischer Bericht hatte erfreulicherweise bei unseren Kameraden

besondere Zustimmung gefunden und auch außerhalb unseres Bundes Aufsehen erregt.

Jetzt hat auch der bekannte sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Wilhelm Dröscher aus Kirn a. d. Nahe auf Grund unseres Artikels die Gelegenheit aufgegriffen, und am 27. November 1968 dem Bundestag folgende Frage für die nächste Fragestunde vorgelegt:

„Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der für das Erziehungs- und Bildungswesen im Heer zuständige General mit der Feststellung, die er auf einer Versammlung in Bonn getroffen haben soll, vermehrter Geländedienst erledige zu viele Diskussionen von selbst und so könne man mit der Bundeswehr einfacher fertig werden, die Richtung vertritt, die die Bundeswehr für die innere Ausrichtung anstrebt?“

Mit Genugtuung und Dank begrüßen wir die Initiative des Bundestagsabgeordneten Dröscher und hoffen, daß ihm nicht, wie anderen im Bundestag, wie z. B. bei der Ramcke-Affäre, eine unbefriedigende Antwort erteilt wird.

Wir kommen auf die Angelegenheit im Januar wieder zurück.



Mitteilungen der Landes- verbände und Ortsvereine

Landesverband Bayern

München

Wie bereits in der November-Ausgabe berichtet, hat der Ortsverein München seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

In der vom 1. Bundesvorsitzenden Christian Weiß am 23. November in München geleiteten Versammlung des Ortsvereins sprach als Referent des Tages das Bundesvorstandsmitglied, Kamerad H. W. Sabais, über das Thema „Das Reichsbanner und die Republik“. Die Resonanz war positiv.

Die erste Mitgliederversammlung des Ortsvereins wurde für Mitte Januar 1969 festgelegt. Nähere Einzelheiten werden noch in einem Rundschreiben Ende Dezember 1968 allen Kameraden mitgeteilt.

Aufnahmescheine für eine Mitgliedschaft können bei dem Kameraden Karl Köglspurger, 8 München 45, Auweisenweg 1, abgegeben werden.

Landesverband Hessen

Frankfurt

Unsere Mitgliederversammlung am Samstag, dem 16. November, hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Der 2. Vorsitzende des Ortsvereins Frankfurt, Kamerad Haag, gab unter anderem bekannt, daß Kamerad Irion seine Funktion als 1. Vorsitzender niedergelegt habe. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß Kamerad Haag bis zur Jahreshauptversammlung die Geschäfte führt.

Aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr der Ausrufung der Republik in Deutschland schilderte der 1. Bundesvorsitzende, Kamerad Christian Weiß, aus seinem persönlichen Erlebnis den geschichtlichen Werdegang der Selbstschutzverbände und des Reichsbanners

in der Weimarer Zeit. Kamerad Weiß richtete erneut an die maßgebenden Organisationen in der Bundesrepublik den Appell, die Gefahren von rechts und von links ernst zu nehmen, damit es nicht wieder „zu spät“ werde, wenn unser Staat in Gefahr ist.

Der 2. Vorsitzende, Kamerad Haag, gab anschließend das Programm der Trauerfeier auf dem Frankfurter Hauptfriedhof aus Anlaß des Volkstrauertages bekannt. Die Versammlung gab weiterhin ihre Zustimmung zur Entsendung einer Delegation zur Teilnahme an der Veranstaltung in München.

Am Volkstrauertag beteiligten sich unsere Kameraden recht zahlreich an den Kranzniederlegungen unserer Organisation sowie der Verfolgtenverbände und der Stadtverwaltung am Denkmal der Opfer der Gewaltherrschaft, am Ehrenmal der Gefallenen sowie am Grabe unserer Kameraden Koch und Schmidt.

Da im nächsten Frühjahr sich der Todestag unserer durch die „Nazis“ erstochenen Kameraden zum vierzigsten Male jährt, fand nur eine stille Kranzniederlegung statt. Eine größere Veranstaltung soll am Todestag Ende April 1969 stattfinden.

Am Samstag, dem 8. Dezember, veranstaltete der Ortsverein Frankfurt mit Vertretern der dem Landesverband Hessen angegliederten Ortsvereine im Bürgergemeinschaftshaus Riederwald eine gut besuchte Versammlung, an der auch zahlreiche Familienangehörige teilnahmen. Die von dem Kameraden Lock gezeigte Tonbildschau „Es war einmal“ führte den Anwesenden nochmals die Schatten des 3. Reiches und des 2. Weltkrieges vor Augen. Unser Kamerad Karl Wöll (MdL) hob in seiner Ansprache hervor, daß die demokratisch eingestellte Bevölkerung den Spruch des Bundesverfassungsgerichtes nicht verstehen könne, in dem man die Feinde der Demokratie auch noch mit Staatsmitteln ausstatte und dadurch Gelegenheit geben würde, den Staat zu bekämpfen.

Nach einigen organisatorischen Mitteilungen des 2. Ortsvereinsvorsitzenden, Kamerad Haag, blieben die Anwesenden nach dem offiziellen Ende der Versammlung bei einem zwanglosen Gespräch noch lange zusammen.

Rüsselsheim

Am 26. November fand in Rüsselsheim eine Versammlung des Reichsbanners statt, an der auch Frankfurter Kameraden teilgenommen hatten. Insbesondere wurden die Möglichkeiten der Entfaltung des Ortsvereins Rüsselsheim besprochen und die weitere Arbeit des Ortsvereins festgelegt.

Landesverband Niedersachsen

Hannover

Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Hannover findet am Sonntag, dem 5. Januar 1969, um 10 Uhr, in Hannover, Gaststätte Sprengel, Kniesstraße, Ecke Schneiderberg, statt.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Bonn

Der Ortsverein Bonn veranstaltet am Freitag, dem 20. Dezember, eine Mitgliederversammlung mit anschließendem weihnachtlichen Beisammensein, um 19 Uhr, im Saale des Gasthauses Gardemann, Bonn, Weiherstraße 1. Alle erwachsenen Familienangehörigen sind zu dieser Mitgliederversammlung herzlich eingeladen. Gäste können eingeführt werden. Bitte auch das in diesem Zusammenhang herausgegebene Rundschreiben beachten.

Landesverband Schleswig-Holstein

Ehemalige Kameraden und neue Freunde unserer Organisation wenden sich wegen einer Mitgliedschaft an Walter Jansen, 32 Kronshagen über Kiel, Steindamm 1c, Telefon: 0431/5 39 46.

Weser-Ems

Für alle Belange im Raume Weser-Ems ist der dortige Landesverband zuständig, der in Bremen, Plettenberger Weg 18, eine Geschäftsstelle eingerichtet hat. Landesverbandsvorsitzender Dieter Westermann ist unter Telefon 0421/44 07 33 zu erreichen und stellt sich gerne allen ehemaligen Kameraden und neuen Freunden für ein Gespräch sowie für die Aufnahme in unsere Organisation zur Verfügung.

Das Reichsbanner

Offizielles Organ des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold,
Bund aktiver Demokraten e. V. und
des Freiheitsbundes e. V., Berlin

Nr. 12 · Dezember 1968 · 12. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineck-
straße 7, Telefon: (0611) 29 41 61.

Verantwortlicher Redakteur: August Kerger,
53 Bonn, Nikolausstraße 17/II,
Telefon: (02221) 297 15.

Druck u. Verlag: Alfred Ludwig & Sohn OHG,
6 Frankfurt a. M., Löwengasse 27, Tel.: 45 44 55

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar. – Für unverlangte Manuskripte, denen wir Rückporto beizufügen bitten, keine Gewähr. Alle Manuskripte und sonstige Leserzuschriften sind an die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße 17, zu richten.

Ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr
wünscht allen Kameraden und ihren Angehörigen so-
wie allen Freunden,

der Bundes-Vorstand des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V.